

RECHNUNGSHOF
3, DAMPFSCIFFSTRASSE 2

A-1033 Wien, Postfach 240
Tel. (0 22 2) 66 36 46/0 oder

Klappe Durchwahl

Fernschreib-Nr. 135 389 rh a
DVR: 0064025

An das
Präsidium des Nationalrates

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl
dieses Schreibens anführen.

1010 W i e n

Zl 2944-01/85

ENTWURF EINES BUNDESGESETZES
66-GE/9-85
Datum: 29. AUG. 1985
Verteilt: 2.9.85 Krenz
Dr. Wasserbauer

Entwurf eines Bundesge-
setzes, mit dem das Ge-
haltsgesetz 1956 geändert
wird (44. GehG. Nov)
Stellungnahme

In der Anlage beehrt sich der Rechnungshof 25 Ausfertigungen
der Stellungnahme zu übermitteln, die er zu dem vom BKA
in seinem Schreiben vom 10. Juli 1985, GZ 921.000/8-II/A/1/85,
versendeten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Ge-
haltsgesetz 1956 geändert wird, abgegeben hat.

Anlagen

1985 08 29

Der Präsident:

Broesigke

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Blaschke

**RECHNUNGSHOF**
3, DAMPFSCHIFFSTRASSE 2A-1033 Wien, Postfach 240
Tel. (0 22 2) 66 36 46/0 oder

Klappe Durchwahl

Fernschreib-Nr. 135 389 rh a
DVR: 0064025An das
BundeskanzleramtBitte in der Antwort die Geschäftszahl
dieses Schreibens anführen.Ballhausplatz 2
1010 W i e n

Zl 2944-01/85

Entwurf eines Bundesge-
setzes, mit dem das Ge-
haltsgesetz 1956 geändert
wird (44. GehG.Nov)
Stellungnahme

Der RH bestätigt den Erhalt des mit do Schreiben vom
10. Juli 1985, GZ 921.000/8-II/A/1/85, versendeten Ent-
wurfes eines Bundesgesetzes, mit dem das Gehaltsgesetz 1956
geändert wird, und nimmt vom Standpunkt der Rechnungs- und
Gebarungskontrolle hiezu wie folgt Stellung:

1. Der Begriff "in ähnlicher Verwendung stehenden Beamten"
ist nach Ansicht des RH zu unbestimmt. Da dieser Personenkreis
durch Gesetz kaum umfassend umschrieben werden kann, sollte
die entsprechende Bestimmung eine Verordnungsermächtigung
enthalten, wodurch der zuständige Bundesminister im Einver-
nehmen mit dem BKA festlegen kann, welche Beamte, die keine
Schulwarte sind, als in ähnlicher Verwendung stehend anzu-
sehen sind.

Dies erscheint erforderlich, weil nach dem vorliegenden Ent-
wurf nicht bestimmt gesagt werden kann, ob etwa Leiter von
Bundessport- oder -schullandheimen als in ähnlicher Verwendung
wie Schulwarte stehende Beamte anzusehen sind.

2. Nach Ansicht des RH bezieht sich die Aufsichts- oder
Betreuungspflicht nicht auf die vom Schulwart bewohnte
Dienstwohnung, sondern auf das Gebäude samt Anlagen, in dem
sich die Dienstwohnung befindet.

- 2 -

Die betreffende Bestimmung sollte daher lauten:

"Für eine Dienstwohnung, die von einem Schulwart oder einem in ähnlicher Verwendung stehenden Beamten bewohnt wird, dem dienstlich eine Aufsichts- oder Betreuungspflicht einer Anstalt sowie der allenfalls dazu gehörenden Anlagen obliegt, hat der Beamte"

Von dieser Stellungnahme wird das Präsidium des Nationalrates unter einem in Kenntnis gesetzt.

1985 08 29

Der Präsident:

Broesigke

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Blasche